

14/SN-251/ME 1 von 3



REPUBLIK ÖSTERREICH
Bundesministerium für Umwelt,
Jugend und Familie

SEKTION V

An die
Parlamentsdirektion

Dr. Karl Renner-Ring 3
1010 Wien

A-1020 Wien, Untere Donaustraße 11

Telefon: (0222) 211 32-0

Durchwahl: 5111

Telefax Nr. (Sektion V):

(0222) 211 32 / 5020

DVR:0441473

Sachbearbeiter: Glasel

Wien, den 28. September 1992

Zl. 08 4620/3-V/4/92-G1

Betreff: Entwurf eines Bundesgesetzes
über das Verbot der Einfuhr
von radioaktiven Abfällen

Dr. W. W. W.

Betrifft GESETZENTWURF	
Zl. <i>ME</i>	-GE/19 <i>PR</i>
Datum: 16. OKT. 1992	
Verteilt 16. Okt. 1992 <i>R. S. S.</i>	

Beiliegend werden 25 Exemplare der Stellungnahme des Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie zum gegenständlichen Entwurf übermittelt.

Für die Bundesministerin:

L i s t

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

Albanberger



REPUBLIK ÖSTERREICH
Bundesministerium für Umwelt,
Jugend und Familie

SEKTION V

An das
Bundesministerium für
Gesundheit, Sport und
Konsumentenschutz

Radetzkystraße 2
1030 Wien

A-1020 Wien, Untere Donaustraße 11

Telefon: (0222) 211 32-0

Durchwahl: 5111

Telefax Nr. (Sektion V):

(0222) 211 32 / 5020

DVR:0441473

Sachbearbeiter: Glasel

Wien, den 28. September 1992

Zl. 08 4620/3-V/4/92-G1

Betreff: Entwurf eines Bundesgesetzes
über das Verbot der Einfuhr
von radioaktiven Abfällen

Zu dem von Ihnen dem Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie übermittelten Entwurf eines Bundesgesetzes über das Verbot der Einfuhr von radioaktiven Abfällen, GZ 32.201/2-III/11/92, gibt das Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie folgende Stellungnahme ab:

Zu § 1: Es wäre zu prüfen, ob nicht bestimmte Ausnahmen, z.B.: für Analyse oder begrenzte Mengen zur Entwicklung von Verfahren erforderlich sind.

Zu § 2: Es wird angeregt, die Definition des Begriffs "radioaktive Abfälle" für den Normadressaten verständlicher zu gestalten.

Aus § 10 des Strahlenschutzgesetzes, BGBl. Nr: 227/1969 läßt sich nur entnehmen, unter welchen Voraussetzungen der Umgang mit radioaktiven Stoffen einer Bewilligung bedarf, beschreibt aber die radioaktiven Stoffe nicht näher.

- 2 -

Es erscheint zweckmäßig, für die Abgrenzung der radioaktiven Abfälle von den nicht radioaktiven Abfällen die Grenzwerte des § 6 der Strahlenschutzverordnung BGBl. Nr. 47/1972, heranzuziehen.

Zu § 3: Das richtige Zitat des AWG hätte zu lauten:
"Abfallwirtschaftsgesetz, BGBl. Nr. 325/1990"

Zu § 4: Die Zuständigkeit des Landeshauptmannes in erster Instanz für Feststellungsverfahren wird als sinnvoll erachtet, da dieser über die entsprechenden Sachverständigen verfügt.

Für die Bundesministerin:

L i s t

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

Vollendung